Antrag

Antragsteller

Ort/Datum

An das
Regierungspräsidium

Antrag auf Förderung

☐ eines/einer Beauftragten für Suchtprävention / Kommunalen Suchtbeauftragten

nach der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Beauftragten für Suchtprävention/Kommunalen Suchtbeauftragten der Stadt-und Landkreise (BfSKSBVwV).

Vorhergehender Bewilligungsbescheid des Regierungspräsidiums
vom _____, Kapitel und Titel _____

Anlagen: (zum Beispiel Konzeptionsbeschreibung, Personalunterlagen mit Qualifikationsnachweisen)
Bei erstmaliger Antragstellung und im Falle von Änderungen vorzulegen.
Weitere zur Beurteilung der Fördervoraussetzungen erforderliche Unterlagen können angefordert werden.

1. Antragsteller

Antragsteller (Stadt-, Landkreis) _____

Straße/Hausnummer _____

Postleitzahl/Ort _____

Telefon _____

Telefax _____

E-Mail _____

Bankverbindung/IBAN und BIC

_____

_____

_____

Kontoinhaber (falls nicht Antragsteller)

_____

2. Höhe des beantragten Zuschusses aus Landesmitteln:

_____ Euro.

3. Personelle Besetzung

Name, Vorname	Beschäftigt im laufenden Jahr	Beschäftigungs-umfang (Voll-zeit/Teilzeit	Tarifvertrag und Vergü-tungsgruppe	(für das RP frei-lassen)
(Unbesetzte Stel-len mit „N.N." kennzeichnen;	von/bis	in Prozent/VZÄ		Zu-schuss
Berufsausbildung, Ausbildungsab-schluss				
mit genauer Be-zeichnung)				
				Euro

4. Kosten- und Finanzierungsplan

(Alle Einnahmen und Ausgaben, die im Zusammenhang mit den BfS/KSB stehen, sind anzugeben)

4.1 Zuwendungsfähige Ausgaben**

		Euro
Personalausgaben für angestelltes Fachpersonal		
Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben	Euro	Euro
- Kommunale Mittel		
- Zuwendungen des Landes		
- Zuwendungen der Krankenkassen im Rahmen des „Setting-Ansatzes"		
- Zuwendungen weiterer Zuwendungsgeber aus dem öffentlichen Bereich		
- Sonstige Mittel		
Finanzierungsmittel für zuwendungsfähige Ausgaben insgesamt**		0

4.2 Nichtzuwendungsfähige Ausgaben***

	Euro	Euro
- z. B. für Sonstige Personalausgaben		
- Sachkosten (z. B. Kosten für Räume, Bürobedarf, Porto, Telefon)		
Ausgaben insgesamt		0
		Euro
Finanzierung der nichtzuwendungsfähigen Ausgaben	Euro	
- Kommunale Mittel		
- Zuwendungen der Krankenkassen im Rahmen des „Setting-Ansatzes"		
- Sonstige Mittel		
Finanzierungsmittel für nichtzuwendungsfähige Ausgaben		0

/* Die beiden Summen müssen übereinstimmen.

5. Erklärung des Antragstellers

5.1 Wir sind bereit und in der Lage, die nicht durch Zuwendungen des Landes und gegebenenfalls der Krankenkassen abgedeckten Restkosten zu tragen.

5.2 Wir erklären hiermit, dass die als Beauftragte für Suchtprävention/Kommunale Suchtbeauftragte beschäftigten Fachkräfte finanziell nicht bessergestellt sind als vergleichbare Landesbedienstete. Höhere Entgelte als nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder oder anderen für das Land maßgeblichen Tarifverträgen wie die Tarifverträge des Bundes und der Gemeinden und sonstige übertarifliche und außertarifliche Leistungen werden nicht gewährt.

5.3 Wir erklären hiermit, dass ein Kommunales Netzwerk für Suchtprävention und Suchthilfe*

- ☐ besteht
- ☐ Mitglied in der Kommunalen Gesundheitskonferenz ist.

* Zutreffendes bitte ankreuzen

_____

Unterschrift